

Nr. 23.

Statut,

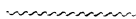
die

Erweiterung der Stadt Braunschweig

betreffend.

E i n l e i t u n g.

- I. Stadterweiterungsplan (§. 1 und 2).
- II. Stadterweiterung auf den innerhalb des Stadterweiterungsplans zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits bestehenden Heerstraßen, städtischen Communal- oder Interessenten-Wegen (§. 3 — 16 incl.)
 - 1) Heerstraßen (Staatsstraßen).
 - 2) Städtische Communal- oder Interessenten-Wege.
- III. Stadterweiterung durch Anlegung neuer Straßen (§. 17 bis 41 incl.)
 - 1) Neue Straßen, deren Anlegung auf Grund des Stadterweiterungsplans von den städtischen Behörden beschloffen wird (§. 17 — 24 incl.)
 - 2) Neue Straßen, deren Anlegung innerhalb des Stadterweiterungsplanes künftig von einem oder mehreren Privatunternehmern beabsichtigt wird. (§. 25 — 35 incl.)
 - 3) Neue auf Privatgrundstücken oder an privativen Wegen und Zugängen innerhalb des Stadterweiterungsplans zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits angelegte oder noch in der Anlage begriffene Straßen (§. 36 bis 41 incl.)
- IV. Zusammenlegung von Grundstücken (§. 42).
- V. Schlußbestimmungen (§. 43 — 53).



Nachdem von dem Stadtmagistrate und der Stadtverordneten-Versammlung hieselbst das nachfolgende Statut festgestellt und vom Herzoglichen Staatsministerium mittelst Rescripts vom 15. Juni 1870, № 5480 genehmigt worden ist, wird dasselbe hiermit veröffentlicht.

I. Stadterweiterungsplan.

§. 1.

Behuf Regelung der bereits stattgehabten und künftig noch eintretenden Stadt-Erweiterung ist ein Stadterweiterungsplan, in welchen die einzuhaltenden hauptsächlichsten Straßenzüge aufgenommen sind, festgestellt und chartirt.

Dieser Stadterweiterungsplan wird zunächst die zu Neubauten erfahrungsmäßig schon jetzt häufiger benutzten Theile der städtischen Feldmark umfassen und nach Bedarf erweitert werden. Derselbe bildet einen integrirenden Theil dieses Statuts und ist das Original desselben auf dem Stadtmagistrate niedergelegt.

Alle künftig neu anzulegenden, in den Stadterweiterungsplan noch nicht aufgenommenen Straßen müssen sich demselben zweckmäßig anschließen.

Die Abänderung, Vervollständigung und Ausdehnung dieses Erweiterungsplanes kann nur mit Genehmigung der städtischen Behörden und soweit die Bestimmungen der §§. 17—24 zur Anwendung kommen sollen, nur auf statutarischem Wege erfolgen.

§. 2.

Die Errichtung neuer Anbaue, sowie die Vergrößerung und Veränderung bestehender Baulichkeiten innerhalb des Stadterweiterungsplanes darf künftig nur unter der Voraussetzung geschehen, daß solche nicht gegen den gedachten Plan verstoßen, namentlich muß das Grundstück, auf dem der betreffende Bau ausgeführt werden soll, entweder an einer Heerstraße oder an einem städtischen Communal- oder Interessenten-Wege belegen sein. Liegt das zu bebauende Grundstück aber nicht an einer solchen Straße, resp. an einem solchen Wege, so hat der Bauunternehmer zuvor den für die Anlegung neuer Straßen in den §§. 25—35 incl. dieses Statuts gegebenen Vorschriften Genüge zu leisten.

II. Stadterweiterung auf den innerhalb des Stadterweiterungsplans zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits bestehenden öffentlichen Straßen und Wegen.

§. 3.

Die durch den Stadterweiterungsplan vorgesehene

Erweiterung, Veränderung oder theilweise Verlegung der innerhalb desselben belegenen, zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits bestehenden öffentlichen Straßen und Wege soll erfolgen:

- 1) bei den dem Staate gehörigen Heerstraßen —
Chaussees — sobald solches von Herzoglicher
Baudirection nach vorgängiger Genehmigung
des Herzoglichen Staatsministeriums, verfügt
werden wird;
- 2) bei den städtischen Communal- und Interessenten-
Wegen, sobald und soweit solches durch die
städtischen Behörden, mit Genehmigung des
Herzoglichen Staatsministeriums, beschlossen wer-
den wird.

Die Interessenten-Wege, in Ansehung welcher ein solcher Beschluß gefaßt wird, erhalten dadurch ohne Weiteres die Eigenschaft von städtischen Communal-Wegen.

Im Uebrigen behält es in Ansehung der Erklärung eines Interessentenweges zum Communalwege bei den Bestimmungen des Statuts vom 12. August 1862 sein Bewenden.

Sowohl der vorstehend unter 2 gedachte, auf Erweiterung, Veränderung oder theilweise Verlegung eines öffentlichen Weges gerichtete Beschluß, als auch der Beschluß, einen bisherigen

Interessentenweg zum Communalwege zu erklären, kann Seitens der städtischen Behörden davon abhängig gemacht werden, daß die Anlieger des Weges sich zu bestimmten Beiträgen zu den nach §. 14—12 zu machenden Aufwendungen verpflichten.

§. 4.

Die Eigenthümer des zu der Erweiterung, Veränderung oder Verlegung der im §. 3 erwähnten Straßen und Wege erforderlichen Grund und Bodens sind zur Abtretung desselben gegen volle Entschädigung verpflichtet.

Können sich die Betheiligten über den Betrag der Entschädigung nicht verständigen, so soll deren Feststellung nach den Vorschriften des Gesetzes vom 13. September 1867, die Ausmittlung der Entschädigungen bei Expropriationen betreffend, erfolgen.

§. 5.

Ueber die Art der künftigen Unterhaltung resp. Instandsetzung der innerhalb des Stadterweiterungsplans belegenen Heerstraßen (§. 3 Nr. 1) hat nach wie vor Herzogliche Baudirection zu entscheiden.

§. 6.

Wenn nach dem Beschlusse der städtischen Behör-

den und nach Verständigung mit Herzoglicher Bau-Direction die im §. 3 N^o 1 gedachten Heerstraßen mit öffentlicher Beleuchtung versehen oder in das Netz der städtischen Gas- oder Wasser-Leitung gezogen werden sollen, so fallen die dadurch entstehenden Kosten nicht der Staats-Casse zur Last, sondern werden von der Casse der städtischen Gasanstalt resp. Wasserleitung getragen.

Der Zeitpunkt der Herstellung der Gas- und Wasserleitungen auf einer solchen innerhalb des Stadt-Erweiterungs-Planes belegenen Heerstraße oder einer bestimmten Strecke derselben wird durch den Beschluß der städtischen Behörden bestimmt und dabei im Allgemeinen als Grundsatz beobachtet werden, daß solche alsdann erfolgt, wenn auf 100 Fuß der betreffenden Straßenstrecke von dem Endpunkte einer bereits vorhandenen Leitung an,

bei Gasleitungen mindestens 6 Privatflammen angelegt werden,

bei Wasserleitungen mindestens für 8 q Wasser consumirt wird.

Diejenigen Straßen, welche soweit bebauet sind, daß auf je 120 Fuß Straßenlänge ein Wohnhaus oder ein gewerbliches Etablissement errichtet ist, sollen, wenn die vorstehenden Bestimmungen für Herstellung der Gasleitung noch nicht vorhanden sind, jedenfalls mit

Ein Jahr die Kasse für die Herstellung zum Wasserconsum eingezahlen, oder aber für mindestens

einer anderweitigen öffentlichen Beleuchtung versehen werden.

§. 7.

So lange bei den jetzt vorhandenen Communalwegen und den Interessentenwegen, welche annoch zu Communalwegen erklärt werden, die bisher übliche Instandsetzung (Chaussirung der Fahrbahnen, Grandirung der Fußwege) Statt findet, hat es in Ansehung der Instandsetzung und Erhaltung dieser Wege und der Tragung der dadurch entstehenden Kosten bei den jetzt geltenden Bestimmungen des städtischen Wegestatuts vom 20. November 1851 sein Bewenden. Dasselbe gilt hinsichtlich der innerhalb des Stadterweiterungsplans belegenen, nicht zu Communalwegen erklärten Interessentenwegen.

§. 8.

Wird dagegen bei den jetzigen oder künftigen Communal-Weegen von den städtischen Behörden die Pflasterung der Fahrbahnen oder die Herstellung der Fußwege mit Pflaster, Platten, Asphalt, Bordquadern oder in anderer von der bisherigen wesentlich abweichenden Constructionsart beschlossen, so sind die dadurch entstehenden Kosten sowie die Kosten der künftigen Unterhaltung

A. für die Fahrbahn von der Stadt-Casse zu übernehmen wogegen

B. die Tragung der Kosten für die neue Instandsetzung und Unterhaltung der Fußwege alsdann auf die Besitzer der an dem betreffenden Wege belegenen Grundstücke und zwar nach Maßgabe der Frontlänge derselben gegen den Weg, übergeht.

Die Herstellung und Unterhaltung sowohl der Fahrbahnen, als der Fußwege geschieht nach Anweisung und unter Leitung des mit den städtischen Wegebauten Beauftragten.

§. 9.

Wenn die Mehrheit der Anlieger eines solchen Weges rücksichtlich dessen von den städtischen Behörden eine anderweite Instandsetzung (§. 8) noch nicht beschlossen ist, bei dem Stadtmagistrate auf die neue Instandsetzung der daran belegenen Fußwege anträgt, so hat der Stadtmagistrat durch die städtische Baubehörde einen Plan zur Herstellung der fraglichen Fußwege ausarbeiten zu lassen und denselben den Anliegern zur Abgabe ihrer Erklärung vorzulegen. Erklärt sich die Mehrheit der Anlieger mit dem Plane einverstanden, so hat der Magistrat denselben auf Kosten der Anlieger zur Ausführung bringen zu lassen. Ist aber die Mehrheit der Anlieger mit dem Plane nicht einverstanden, und eine Einigung über dessen Abänderung nicht zu erreichen, so haben die städtischen Behörden den

Plan festzustellen, worauf der Magistrat die Ausführung desselben auf Kosten der Anlieger verfügt.

In beiden Fällen erfolgt die Repartition der Kosten auf die Anlieger nach §. 8 unter B.

§. 10.

Bei den innerhalb des Stadterweiterungsplanes belegenen Heerstraßen und Communalwegen (§. 3 A^o 1 und 2) soll, soweit als thunlich, sowohl für die Straßen und Wege selbst, als auch für die daran liegenden Grundstücke, ein genügender Wasser=Abzug durch Gräben, offene Gassen oder unterirdische Canäle geschaffen werden.

Ueber die Art und Weise, wie dieser Wasserabzug geschaffen und über den Zeitpunkt, wann dies geschehen soll, entscheiden die städtischen Behörden, und zwar bei den Heerstraßen (§. 3 A^o 1) nach vorgängiger Verständigung mit Herzoglicher Baudirection.

Küchen-, Gassen- und Latrinen-Wasser, überhaupt alle flüssigen Abgänge mit Ausnahme des reinen Regen- und Brunnenwassers, dürfen aus den Grundstücken auf die anstoßenden Straßen, Wege oder Plätze bei einer Strafe von 1—3 Thlr. nur dann abgeleitet werden, wenn diese mit einem verdeckten Canale versehen sind und die Ableitung mittelst eines in den letztern unmittelbar einmündenden verdeckten Seiten=Canals geschieht.

§. 11.

Die Kosten der ersten Anlage der Wasserabzüge für die Straßen und Wege selbst werden,

1) insofern und insoweit es nur einfacher Gassen oder offener Gräben längs der Fahrbahn bedürfen sollte, von demjenigen getragen, der die Kosten für die Instandsetzung der Fahrbahn zu tragen hat.

Insofern und insoweit es aber

2) behuf eines genügenden Wasserabzuges weiterer künstlicher Anlagen, namentlich also der Legung von Canälen zc. bedarf, so werden die dadurch entstehenden Kosten zur Hälfte von der Stadt-Casse, zur andern Hälfte von den Besitzern der an der Straße resp. dem Wege belegenen Grundstücke nach Maaßgabe der Frontlänge der letztern gegen die Straße resp. den Weg gemeinschaftlich getragen.

Dagegen sind

3) die Kosten für die Ableitung des Wassers von den anliegenden Grundstücken nach dem für die Straße resp. den Weg angelegten Wasserabzuge, insoweit eine solche Ableitung nach §. 10 überhaupt zulässig ist, von den betreffenden Grundbesitzern selbst zu tragen, und darf eine solche Seiten-Ableitung nur nach den Anweisungen und unter Aufsicht des städtischen Wegebau-Beamten zur Ausführung gebracht werden.

§. 12.

Nach Vollendung der ersten Anlage der für die Heerstraßen und Communalwege erforderlichen im §. 11 unter 2 gedachten künstlichen Wasserabzüge geht die Unterhaltungslast für dieselben auf diejenige Casse über, welcher die Unterhaltung der Fahrbahn obliegt.

Die Unterhaltung der im §. 11 unter 3 erwähnten Ableitungen verbleibt dem Eigenthümer der betreffenden Grundstücke.

§. 13.

Jeder Besitzer eines innerhalb des städtischen Gebietes belegenen Grundstückes ist verpflichtet, gegen volle Entschädigung zu gestatten, daß, wenn solches auf Bericht des Stadtmagistrats vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt wird, die zur Abführung des Wassers von den hier in Rede stehenden Straßen und Wegen erforderlichen Wasserabzüge durch sein Grundstück hindurch geführt werden.

Können sich die Betheiligten über den Betrag der Entschädigung nicht verständigen, so soll deren Feststellung nach den Vorschriften des Gesetzes vom 13. September 1867, die Ausmittlung der Entschädigungen bei Expropriationen betreffend, erfolgen.

§. 14.

Alle innerhalb des Stadterweiterungsplanes bele-

genen Heerstraßen, Communal- und Interessenten-Wege (§. 3 Nr. 1 und 2) sollen nach und nach, sobald an denselben eine genügende Anzahl von Wohnhäusern oder gewerblichen Etablissements errichtet sein wird, mit Gasbeleuchtung versehen resp. in das Netz der städtischen Wasserleitung hineingezogen werden, und finden hinsichtlich des Zeitpunktes die Bestimmungen des §. 6 Anwendung.

§. 15.

Die Kosten der Anlage der neuen Gasleitung werden von der städtischen Gasanstalt, die der neuen Wasserleitung von der Cassé der städtischen Wasserwerke getragen, denen auch die Unterhaltung obliegt.

§. 16.

Sobald an den innerhalb des Stadterweiterungsplans belegenen Heerstraßen und Communalwegen eine genügende Anzahl von Wohnhäusern oder gewerblichen Etablissements errichtet sein wird, soll auf denselben nicht allein ein geordneter Nachtwachedienst, ähnlich wie im Innern der Stadt und auf den Promenaden, auf Kosten der Stadt eingeführt, sondern es sollen dieselben auch in den Bereich des städtischen Abfuhrwesens hineingezogen werden.

Ueber den Zeitpunkt, wann dieses geschehen soll, entscheiden die städtischen Behörden.

III. Stadterweiterung durch Anlegung neuer Straßen.

- 1) Neue Straßen, deren Anlegung auf Grund des Stadterweiterungsplanes von den städtischen Behörden beschlossen wird.

§. 17.

Wird durch Beschluß der städtischen Behörden auf Grundlage des Stadterweiterungsplans die Anlegung einer neuen Straße nothwendig befunden und ist die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums dazu ertheilt, so soll zunächst durch eine von einem Magistrats-Deputirten zu leitende Verhandlung mit sämmtlichen Besitzern der von dem Planum der Straße getroffenen Grundstücke, sowie derjenigen Grundstücke, welche durch Anlage der Straße an dieselbe zu liegen kommen, versucht werden, ob eine freiwillige Ueberlassung des zur Straße erforderlichen Grund und Bodens an die Stadt, und eventuell eine Ausgleichung der hierzu von den Einzelnen zu bringenden Opfer, sei es durch Abtretung von Grund und Boden, oder durch Geldzahlungen zu ermöglichen ist. Gelingt eine solche Vereinbarung, welche zugleich auf die nach §. 42 eventuell eintretende Zusammenlegung der Grundstücke zu erstrecken ist, nicht, so sind die Besitzer der von dem Planum der Straße getroffenen Grundstücke verpflichtet, den zu der neuen

Straße erforderlichen Grund und Boden gegen volle Entschädigung an die Stadt abzutreten.

§. 18.

Die Kosten für den Ankauf des zu der neuen Straße erforderlichen Grund und Bodens, einschließlich der entstehenden Notariats- und Gerichtskosten, trägt die Stadt.

§. 19.

In Betreff der Ausmittlung der den betreffenden Grundstücks-Besitzern des zu der neuen Straße erforderlichen Grund und Bodens zu gewährenden Entschädigungen kommt das Gesetz vom 13. September 1867 № 78, die Ausmittlung der Entschädigungen bei Expropriationen betreffend, zur Anwendung.

§. 20.

Ueber die Art und den Zeitpunkt der Instandsetzung einer solchen neuen Straße entscheiden die städtischen Behörden. Sie erfolgt jedoch sofort, wenn die nach §. 17 zu versuchende gütliche Vereinbarung zu Stande gekommen ist.

§. 21.

Bei der Instandsetzung soll von vorne herein auf die Anlegung eines genügenden Abzuges des Himmel-, Spül- und Schmutzwassers, sowohl für die Straße selbst, als auch für die daran liegenden Grundstücke,

Bedacht genommen werden. Die durch die erste Anlage dieses Wasserabzuges für die neue Straße selbst entstehenden Kosten hat, wenn nicht eine anderweite Vereinbarung (§. 17) dieserhalb getroffen ist, die Stadt-Casse allein zu tragen. Im Uebrigen aber kommen die oben in den §§. 10 bis 13 incl. enthaltenen Bestimmungen auch in Ansehung der Wasserabzüge einer solchen neuen Straße zur Anwendung.

§. 22.

Die Kosten der Instandsetzung und Unterhaltung der Fahrbahn einer solchen neuen Straße trägt die Stadt.

Die Kosten der Instandsetzung und Unterhaltung der Fußwege resp. Trottoirs haben die Besitzer der anliegenden Grundstücke zu tragen.

§. 23.

In Betreff der Einrichtung von Gasbeleuchtung auf einer solchen neuen Straße, der Zuleitung von Wasser von dem städtischen Wasserwerke nach derselben, der Einführung eines geordneten Nachtwachdienstes in derselben und der Theilnahme derselben an dem städtischen Abfuhrwesen gelten die Bestimmungen der §§. 14, 15 und 16 dieses Statuts.

§. 24.

Jeder, der an einer solchen neuen Straße ein

Wohngebäude oder ein gewerbliches Etablissement begründen will, ist verpflichtet die Stadt für das längs seines Grundstücks belegene und bis zur Mittellinie der Straße reichende Terrain zu entschädigen.

Zu diesem Behufe wird, sobald die Summe feststeht, welche die Stadt für das ganze zur Straße erforderlich gewesene Terrain zu zahlen hat, eine Berechnung zugelegt, wie hoch sich der Durchschnittspreis dieses Terrains pro Quadrat-Ruthe und Fuß stellt.

Es kann dabei, sofern auf der ganzen Länge der Straße erhebliche Verschiedenheiten in dem Bauwerthe der anliegenden Grundstücke oder in dem Werthe des expropriirten Terrains sich ergeben, die Straße durch Beschluß der städtischen Behörden in verschiedene Abschnitte zerlegt werden, für deren jeden eine besondere Durchschnittsberechnung aufzustellen ist.

Dieser Durchschnittspreis wird dann bei der Berechnung der nach dem Vorstehenden bei jedem Neubau an die Stadt zu zahlenden Straßenterrain Entschädigung zu Grunde gelegt.

Die so ermittelte Entschädigung ist vor Beginn des Baues an die Stadt-Casse einzuzahlen und hat das Stadtbauamt die Genehmigung des eingereichten Bauplans zu verweigern, bis die Berichtigung der Entschädigung nachgewiesen ist.

- 2) Neue Straßen, deren Anlegung innerhalb des Stadterweiterungsplanes künftig von einem oder mehreren Privatunternehmern beabsichtigt wird.

§. 25.

Jeder, der innerhalb des Stadterweiterungsplanes auf seinem Grund und Boden eine oder mehrere für den allgemeinen Verkehr bestimmte Straßen anlegen will, hat zunächst dem Stadtmagistrate einen vollständigen Plan in dreifacher Ausfertigung zur Genehmigung vorzulegen.

Dasselbe gilt auch dann, wenn mehrere Grundbesitzer über einen Complex von Grundstücken zu dem angegebenen Zwecke nach einem gemeinschaftlichen Plane disponiren wollen.

§. 26.

Der einzureichende Plan muß ersichtlich machen:

1) die Situation des oder der zu der neuen Straße bestimmten Grundstücke mit allen derzeit bestehenden Grenzen, Wegen, Gräben, Flußarmen, Canälen, Gebäuden u. s. w.

2) die Situation der ringsum anliegenden Grundstücke nebst Zubehörungen, namentlich der Wege, Straßen, Wasserabzüge u. s. w., mit denen die intendirte neue Straße in Verbindung gesetzt werden soll und zwar bis dahin, daß die Verbindung mit einer bereits

vorhandenen Heerstraße resp. einem schon vorhandenen öffentlichen Wege erreicht ist,

3) die Terrain-Oberfläche der unter 1 und 2 erwähnten Grundstücke nebst Zubehör mit Angabe der zur Beurtheilung der Wasserabzüge bis zu einem vorhandenen öffentlichen Abzugsgraben zc. erforderlichen Nivellements,

4) die Situation der intendirten neuen Straße resp. Straßen mit den Fahrbahnen, Fußwegen, Gräben, Gassen, Canälen, Brücken u. s. w., sowie die Hauptfluchtlinien der daran zu erbauenden Gebäude und bei einer etwaigen Parcellirung des Grundstücks resp. der Grundstücke die Grenzen der einzelnen Parzellen.

§. 27.

In den Situations- und Nivellements-Zeichnungen sind die bereits vorhandenen Gegenstände (Grenzen der Grundstücke, Gebäude, Wege, Gräben, Canäle, Gassen u. s. w.) durch schwarze, die intendirten neuen Anlagen durch rothe Linien zu bezeichnen.

Die Pläne sind in einfacher Weise correct und mathematisch genau zu zeichnen.

Der Maaßstab für die Situation muß sein: $1\frac{1}{8}$ Zoll Decimal-Maß gleich 10 Ruthen, der Maßstab für die Länge der Nivellements derselbe, für die Höhen

aber 1 Zoll Decimal-Maß gleich 10 Braunschweiger Werkfuß.

In den Nivellements sind die Hauptmaßen mit Zahlen anzugeben.

§. 28.

Der Stadtmagistrat veranlaßt hierauf eine technische Prüfung des Plans und erläßt sodann mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung eine Bestimmung darüber, ob und unter welchen Bedingungen die neue Straßenanlage genehmigt werde.

§. 29.

Im Allgemeinen kann die Genehmigung zur Anlage neuer Straßen nur dann erteilt werden, wenn von Seiten des oder der Unternehmer nachfolgenden Bedingungen Genüge geleistet wird:

1) Die neuen Straßen müssen eine Breite von mindestens 3 Ruthen oder 48 Fuß haben, soll jedoch die neu anzulegende Straße mit dicht zusammenhängenden Gebäuden besetzt werden, oder ist nach den obwaltenden Umständen auf eine starke Frequenz der neuen Straße zu rechnen, so ist eine Breite von mindestens 4 Ruthen zu fordern;

2) es muß nicht allein für die neue Straße resp. Straßen, sondern auch für die anliegenden Grundstücke ein genügender Abzug des Wassers geschaffen werden.

3) Die neue resp. neuen Straßen müssen auf die bereits vorhandenen Straßen und Wege in einer für den Verkehr zweckmäßigen Weise einmünden;

4) der resp. den neuen Straßen, sowie den dazu gehörenden Wasserabzügen ist ein den allgemeinen Regeln der Straßenbaukunst entsprechendes Längen- und Querprofil zu geben;

5) wenn bei der beabsichtigten Straßenanlage das öffentliche Interesse die Herstellung eines größeren Platzes (z. B. eines Marktplatzes oder die Ausweisung von Plätzen zu öffentlichen Gebäuden, Schulen, Spritzenhäusern u. s. w.) erfordert, so ist darauf in dem Plane Bedacht zu nehmen.

6) Die Fahrbahn der neuen Straßen ist je nach der Entscheidung der städtischen Behörden entweder zu chaussiren oder zu pflastern, die Fußwege aber sind zu chaussiren und zu übergranden oder auch mit Platten-trottoirs und Quaderkanten zu versehen.

7) In den Durchkreuzungen der Straßen dürfen offene, selbst in muldenförmiger Gestalt gepflasterte Gassen nicht vorhanden sein, vielmehr sind dort bedeckte Gassen und Canäle herzurichten.

8) Alle zur Herstellung der neuen Straßen, Wasserabzüge u. erforderlichen Baulichkeiten müssen in solcher und den Regeln der Baukunst entsprechender Weise construirt werden.

9) Jedes an einer neuen Straße liegende Grundstück muß straßenseitig eingefriedigt werden.

§. 30.

Die im §. 29 im Allgemeinen bezeichneten Bedingungen sind, und zwar in der Weise, wie solche bei Genehmigung des Planes zu einer neuen Straßenanlage von dem Stadtmagistrate speciell festgestellt worden — von dem oder den Unternehmern auf ihre alleinigen Kosten unter Aufsicht des städtischen Baubeamten zu erfüllen. Auch haben der oder die Unternehmer für die Unterhaltung der neuen Straße sammt Zubehör so lange zu sorgen, bis die neue Straße von der Stadt übernommen wird. — Der §. 10 der hiesigen Bauordnung vom 12. März 1863, betreffend die Vorlegung der Pläne zu Bauten des Herzoglichen Hofes und der Herzoglichen Baubehörden bleibt auch für dieses Statut in Kraft.

§. 31.

Wenn die von einem oder mehreren Unternehmern beabsichtigte Anlage einer neuen Straße im allgemeinen städtischen Interesse besonders wünschenswerth erscheint, so kann Seitens der Stadt ein verhältnißmäßiger Beitrag zu den Kosten der ersten Herstellung der Straße, der Wasserabzüge u. gegeben werden, dessen Größe von

den städtischen Behörden nach den Umständen bestimmt wird. Erfolgt ein solcher Beitrag, so ist der Stadtmagistrat berechtigt, die Ausführung unmittelbar durch die städtischen Baubeamten beschaffen zu lassen und sind der oder die Unternehmer verpflichtet, den auf sie entfallenden Kostenantheil, nach Verlangen des Stadtmagistrats, entweder im Voraus zu entrichten, oder nach Vollendung, bei Vermeidung executivischer Einziehung im administrativen Wege sofort zu erstatten und haften dafür die betreffenden Grundstücke.

§. 32.

In Ansehung der Einrichtung von Gasbeleuchtung auf einer solchen neuen Straße und der Versorgung derselben mit Wasser aus der Stadtwasserkunst, der Einführung eines geordneten Nachtwachendienstes und des Abfuhrwesens gelten auch hier die §§. 14—16 incl. dieses Statuts.

§. 33.

Durch die zwischen dem Unternehmer und den städtischen Behörden zu Stande gekommene Feststellung der Bedingungen für die Straßenanlage wird von ersterem die Verpflichtung übernommen,

- 1) die angelegte Straße dem allgemeinen Verkehr

- zu eröffnen und ohne Genehmigung der städtischen Behörden nicht wieder zu entziehen;
- 2) die Straße auf Erfordern der städtischen Behörden an die Stadt als Communalweg ohne Entschädigung abzutreten.

§. 34.

Die Uebernahme einer solchen Straße als Communalweg soll erfolgen, wenn der Unternehmer den ihm bei Genehmigung des Planes gestellten Bedingungen vollständig Genüge geleistet und zugleich die Bebauung der an der Straße belegenen Grundstücke mit Wohnhäusern oder gewerblichen Etablissements in angemessener Weise fortgeschritten ist.

Den genauen Zeitpunkt solcher Uebernahme bestimmen die städtischen Behörden.

§. 35.

Mit der Uebernahme gehen alle an und auf dem neuen Wege zu öffentlichen Zwecken gemachten Anlagen, als Canäle, Ueberfahrten u. s. w. ohne eine an den bisherigen Eigenthümer zu zahlende Entschädigung in das Eigenthum der Stadt über, wogegen die bis dahin bestandene Verpflichtung des Unternehmers als solchen zu deren Unterhaltung aufhört.

3) Neue auf Privat-Grundstücken oder an privativen Wegen und Zugängen innerhalb des Stadterweiterungsplanes zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits angelegte oder noch in der Anlage begriffene Straßen.

§. 36.

Wenn der oder die Eigenthümer einer solchen bereits neu angelegten oder noch in der Anlage begriffenen Privatstraße wünschen, daß dieselbe in eine für den allgemeinen Verkehr bestimmte, öffentliche Straße verwandelt werde, so haben dieselben dem Stadtmagistrate zunächst einen vollständigen Plan von der neuen Straße in dreifacher Ausfertigung vorzulegen.'

In Ansehung der Beschaffenheit dieses Planes gelten die in den §§. 26 und 27 enthaltenen Bestimmungen.

§. 37.

Der Stadtmagistrat veranlaßt hierauf eine technische Prüfung des Planes und erläßt sodann mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung eine Bestimmung darüber, ob und unter welchen Bedingungen die neue Privatstraße in einen städtischen Communalweg umgewandelt werden soll.

§. 38.

Die Zustimmung zu solcher Umwandlung wird von den städtischen Behörden im Allgemeinen erst dann

ertheilt werden, wenn seitens des oder der Besitzer der betreffenden Privatstraße nachstehenden Anforderungen Genüge geleistet sein wird:

- 1) es muß für die Straße ein genügender Wasserabzug nöthigenfalls durch Legung unterirdischer Canäle geschaffen sein,
- 2) die neue Straße und die dazu gehörigen Wasserabzüge müssen ein den allgemeinen Regeln der Straßenbaukunst entsprechendes Längen- und Quer-Profil haben, die Wasserabzüge auch in einer den Regeln der Baukunst entsprechenden soliden Weise hergestellt sein,
- 3) der Besitzer der Privatstraße hat zu gestatten, daß der für die Straße angelegte Wasserabzug zur Ableitung des Wassers von den an der Straße belegenen Grundstücken, in soweit solches nach §. 10 überall zulässig ist, benutzt werde. Die Kosten dieser Seitenableitungen sind von jedem der betreffenden Anlieger selbst zu tragen,
- 4) jedes an eine solche Straße grenzende Grundstück muß straßenwärts befriedigt sein.

§. 39.

Sobald den von den städtischen Behörden für die Umwandlung einer Privatstraße in einen Communalweg gestellten Bedingungen seitens des Besitzers der

Straße vollständig Genüge geleistet ist, erfolgt die Uebernahme derselben durch die Stadt.

Den genauen Zeitpunkt solcher Uebernahme bestimmen die städtischen Behörden und treten übrigens mit diesem Zeitpunkte die oben im §. 35 enthaltenen Bestimmungen auch bei den hier in Rede stehenden Wegen in Kraft.

§. 40.

Beischließen die städtischen Behörden die Instandsetzung eines solchen neuübernommenen Communalweges, so sollen die dadurch entstehenden Kosten folgender Maßen getragen werden:

- A. die Kosten der Instandsetzung und künftigen Unterhaltung der Fußwege oder Trottoirs haben die Besitzer der anliegenden Grundstücke nach Maßgabe der Frontlänge derselben gegen die Straße gemeinschaftlich zu tragen;
- B. die Kosten für die erste Instandsetzung der Fahrbahn dagegen sind

1) bei Chausfierung der letzteren zur Hälfte von der städtischen Wegebau-Casse, zur andern Hälfte aber von den Besitzern der anliegenden Grundstücke nach Verhältniß der Frontlänge gegen die Straße gemeinschaftlich;

2) bei Pflasterung der Fahrbahn zu zwei Dritteln von der Stadt-Casse und zu

einem Drittel von den Anliegern nach dem eben angegebenen Verhältniß zu tragen.

Die Kosten der künftigen Unterhaltung der Fahrbahn trägt bei Chaussirungen die Wegebau=Casse, bei Pflasterungen die Stadt=Casse.

§. 41.

Für die Versehung einer solchen Straße mit Gasbeleuchtung, für deren Aufnahme in das Netz der städtischen Wasserleitung, für die Einrichtung eines geordneten Nachtwachdienstes und Abfuhrwesens gelten nach der Uebernahme die Bestimmungen der §§. 14—16 incl.

IV. Zusammenlegung von Grundstücken.

§. 42.

Wenn in Folge eines Beschlusses der städtischen Behörden mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums eine neue Straße angelegt wird (cfr. §. 17), die angrenzenden Grundstücke aber wegen ihrer schiefwinkligen oder sonst unregelmäßigen Lage gegen die neue Straße sich nicht zur Benutzung als Baupläze eignen, so sind die Besitzer der an die neue Straße stoßenden Grundstücke auf Verlangen der städtischen Behörden und nach vorgängig eingeholter Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums verpflichtet, sich behuf Beschaffung zweckmäßiger Baupläze eine Zusammenlegung ihrer Grundstücke gefallen zu lassen.

Hierbei gilt als Grundsatz, daß keinem Besitzer ein bewohntes oder zu einem gewerblichen Etablissement eingerichtetes Gebäude entzogen werden kann und daß ein jeder Besitzer, soviel als thunlich, sein bisheriges Grundstück wieder erhält, die Zusammenlegung sich vielmehr wesentlich auf eine Verrückung und Begradigung der Grenzen beschränkt, sowie daß jedes Grundstück möglichst die gleiche Frontlänge, welche es vor der Zusammenlegung gegen die neue Straße hatte, imgleichen dieselbe Größe, wie vorher, wieder bekommt.

Muß aber von diesen Grundsätzen abgewichen werden, und können sich die Besitzer der betheiligten Grundstücke nicht gütlich einigen, so soll der Werth der einzelnen zusammenzulegenden Grundstücke mit Rücksicht auf deren Benutzung als Bauplätze durch drei Sachverständige taxirt werden, und alsdann die Eintheilung der zusammenzulegenden Fläche in der Weise vorgenommen werden, daß jeder Besitzer von der ganzen zusammenzulegenden Fläche einen dem ermittelten Werthe seines alten Grundstücks nach dem Gutachten der Sachverständigen verhältnißmäßig entsprechenden Antheil zurückerhält.

Die Verhandlungen wegen der Zusammenlegung der Grundstücke werden zunächst unter der Leitung eines Deputirten des Stadt-Magistrats, nöthigenfalls unter Zuziehung eines Geometers, geführt, um wo möglich

eine gütliche Einigung unter den Betheiligten zu erreichen.

Ist Letzteres aber nicht möglich und bedarf es deshalb der Zuziehung von Sachverständigen, so hat der Stadtmagistrat die betreffenden Verhandlungen nebst den dazu gehörigen Zeichnungen an die Herzogliche Landes=Oekonomie=Commission einzusenden.

Letztere beauftragt darauf mit der Leitung des weiteren Verfahrens einen Landes=Oekonomie=Commissair, welchem für die Führung der Verhandlungen die nämlichen Befugnisse wie bei der Leitung von Separations=Verhandlungen zustehen.

Die bei den Verhandlungen zuzuziehenden Sachverständigen werden auf Vorschlag des Commissarius von Herzoglicher Landes=Oekonomie=Commission ernannt.

Wegen der bei einer solchen Zusammenlegung auf den gegenseitig abzutretenden Grundflächen stehenden Bäume, Gesträuche und Früchte und wegen des darin steckenden Düngers haben sich die Betheiligten, nöthigenfalls nach vorgängiger Taxe eines von dem Commissarius zu ernennenden Sachverständigen in baarem Gelde zu entschädigen.

Die in Wegfall kommenden Befriedigungen werden den Eigenthümern nach dem nöthigenfalls durch Taxe von Sachverständigen zu ermittelnden Werthe bezahlt,

wogegen die Grundstücke auf Kosten ihrer Eigenthümer, soweit erforderlich, von Neuem zu befriedigen sind.

Die auf dem Grundstücke vor der Zusammenlegung haftenden Hypotheken und sonstigen gesetzlichen Pfandrechte gehen auf das nach der Zusammenlegung wieder erhaltene Grundstück ohne Weiteres über.

Die Kosten des gesammten Verfahrens einschließlich der Kosten der Besitztitel-Berichtigung zum Hypothekenbuche, werden den nach §. 18 von der Stadt-Casse zu übernehmenden, eventuell nach §. 24 von den Anliegern zu erstattenden Kosten hinzugerechnet, jedoch haben die betheiligten Grundbesitzer für die veranlaßten Wege und Veräumnisse eine Entschädigung nicht zu beanspruchen.

Das Resultat des Verfahrens wird von dem Commissarius in einem Recesse zusammengestellt und dieser der Herzoglichen Landes-Defonomie-Commission zur Genehmigung vorgelegt. In demselben ist im Namen der sämmtlichen Betheiligten eine Vollmacht für einen gemeinschaftlichen Mandatar aufzunehmen, um die erforderlichen Besitztitelberichtigungen zum Hypothekenbuche vor Herzoglichen Stadtgerichte zu verlaublichen, und ist der Recesß von sämmtlichen Betheiligten unter Beglaubigung der Unterschriften zu vollziehen.

V. Schlußbestimmungen.

§. 43.

Für alle nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Statuts von Privaten zu leistenden Zahlungen steht dem Stadtmagistrate die Befugniß zu, bestimmte Zahlungstermine und Fristen festzustellen. Erfolgt die Zahlung nicht an den bestimmten Terminen oder innerhalb der gestellten Fristen, so sind dieselben auf Verfügung des Magistrats im administrativen Wege executivisch einzuziehen.

§. 44.

Die Bestimmungen dieses Statuts finden auf die innerhalb der äußern Umfluthgräben der Stadt belegenen Grundstücke, die Wall Promenaden und die innere Stadt nur insoweit Anwendung als durch den Stadt Erweiterungsplan neue Straßen von dem äußern Stadtgebiete über die gedachten Grundstücke, die Promenaden und in das Innere der Stadt projectirt werden.

§. 45.

Zur Errichtung neuer Anbaue sowie zur Vergrößerung und Veränderung bestehender Baulichkeiten innerhalb des Stadterweiterungsplans an einer Heerstraße, einem Communal oder Interessenten-Wege bedarf es auch künftig in der Regel nur der Genehmi

gung des Stadtbauamtes. Letzteres hat diese Genehmigung zu verweigern, wenn der beabsichtigte Bau gegen den Stadterweiterungsplan verstößt.

Findet das Stadtbauamt bei Prüfung eines Bauplans, daß derselbe zwar nicht gegen den Stadterweiterungsplan verstößt, daß aber in Veranlassung desselben die Ordnung von Verhältnissen notwendig wird, welche über die Grenzen des Grundstücks des Bauenden hinausgehen, z. B. die Herstellung eines Wasserabzuges, so hat dasselbe davon zunächst dem Stadtmagistrate Anzeige zu machen. Von Letzterm wird sodann das Weitere wegen Ordnung der fr. Verhältnisse veranlaßt werden, und erst nach Beseitigung aller hieraus sich ergebender Anstände kann von Seiten des Stadtbauamts die Genehmigung zu dem beantragten Baue ertheilt werden.

Bei Anträgen auf Genehmigung von Bauten innerhalb des Stadterweiterungsplans auf Grundstücken, welche weder an einer Heerstraße, noch an einem städtischen Communal oder Interessenten Wege liegen, hat das Stadtbauamt den Antragsteller dahin zu becheiden, daß zu solchen Bauten die erforderliche Genehmigung erst dann ertheilt werden könne, wenn von Seiten des Bauenden den §§. 25 - 35 Genügte geleistet sei.

§. 46.

Derjenige, welcher einen mit den Bestimmungen

dieses Statuts im Widerspruche stehenden Bau ausführt, verfällt in eine Geldstrafe von 10 Thalern. Die gleiche Strafe trifft die bei dem Bau betheiligten Werkmeister.

§. 47.

Im Falle des Unvermögens des Verurtheilten zur Bezahlung der erkannten Geldstrafe wird diese in eine verhältnißmäßige Gefängnißstrafe verwandelt. (Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 16.)

§. 48.

Die Bestrafung einer Contravention gegen dieses Statut schließt die Anwendung der etwa concurrirenden Strafen der Feuerordnung, der Straßenpolizeiordnung und der Bauordnung nicht aus.

§. 49.

In Beziehung auf die Tilgung der Strafbarkeit eines Vergehens gegen dieses Statut kommen die Bestimmungen der §§. 44 und 45 des Polizeistrafgesetzbuches vom 18. August 1855 zur Anwendung.

Die Verpflichtung zur Erfüllung der Vorschriften dieses Statuts wird dadurch nicht aufgehoben.

§. 50.

Der Stadtmagistrat ist, insofern die deshalb ergangene Aufforderung erfolglos bleibt, berechtigt, nöthigenfalls unter Leitung eines Sachverständigen:

- 1) alle Anlagen und Vorrichtungen, welche ohne

die nach den Bestimmungen dieses Statuts erforderliche Genehmigung gemacht sind, zu hindern, oder wieder wegzunehmen;

2) diejenigen Leistungen, welche vorschriftswidrig unterlassen sind, anderweit beschaffen zu lassen, und

3) alle nicht ordnungsmäßig ausgeführten Anlagen und Vorrichtungen anderweit herstellen zu lassen, in allen diesen Fällen aber die dadurch erwachsenen Kosten, auf welche die Bestimmungen des §. 142 der revidirten Städteordnung vom 19. März 1850 Anwendung finden, wenn dieselben nicht binnen einer zu setzenden Frist berichtigt werden, im administrativen Wege executivisch einziehen zu lassen.

§. 51.

Die städtischen Baubeamten, insbesondere der Stadtbaumeister, haben nicht bloß darauf zu achten, daß keine mit den Bestimmungen dieses Statuts im Widerspruch stehende Bauten ausgeführt und daß bei der Ausführung der genehmigten Pläne die letztern genau befolgt werden, sondern auch jede Contravention gegen dieses Statut sofort zur Anzeige zu bringen.

Neben den städtischen Baubeamten sind auch die Polizeibeamten verpflichtet, auf Befolgung dieses Statuts zu achten und etwaige Contraventionen anzuzeigen.

§. 52.

Vergehen gegen dieses Statut werden im Wege der öffentlichen Anklage bei dem Herzoglichen Stadtgerichte hieselbst verfolgt.

Die von dem Stadt Magistrate nach §. 50 verfügten Anordnungen wird Herzogliche Polizeidirection auf Ansuchen desselben zur Ausführung bringen lassen, während die dadurch entstehenden Kosten, vorbehältlich des Regresses gegen den Verpflichteten aus der Stadt-Casse vorgeschossen werden.

§. 53.

Entstehen Zweifel über die Auslegung oder Ausführung dieses Statuts, so sind dieselben im gesetzlichen Wege zu erledigen, einstweilen aber ist den Verfügungen des Stadtmagistrats beziehungsweise des Stadtbauamts Folge zu leisten.

Brannschweig, den 1. Juli 1870.

Der Stadt-Magistrat daselbst.

H. Caspari. A. Bammel. J. N. Grote.

F. Rittmeyer. H. Bardenwerper.

G. O. Carstens. C. W. Ramdohr.